

**Beschlussprotokoll
über die
3. Sitzung des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Kärnten
vom 19.05.2026**

Ort: Wirtschaftskammer Kärnten, Karl-Baurecht-Saal A 114
Datum: 19. Mai 2026
Beginn: 16.00 Uhr
Ende: 18.02 Uhr

Tagesordnung

1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
Protokoll vom 25.11.2025
2. Präsident Jürgen Mandl, MBA
„Zur Kärntner Wirtschaftspolitik“
3. Direktor MMag. Dr. Meinrad Höfferer
Bericht des Direktors
4. Rechnungsabschluss der Wirtschaftskammer Kärnten 2025 (Beilage)
5. Wahl der fachkundigen Laienrichter nach dem Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz, Funktionsperiode 1.1.2027 - 31.12.2031 (Beilage)
6. Anträge gemäß § 26 (3) Geschäftsordnung (Beilage)
7. Allfälliges

**1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
Protokoll vom 25.11.2025**

Präsident Jürgen Mandl, MBA eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zum Protokoll der Sitzung vom 25.11.2025 werden keine Einwendungen bzw. Ergänzungswünsche erhoben, es ist somit genehmigt.

**2. Präsident Jürgen Mandl, MBA
„Zur Kärntner Wirtschaftspolitik“**

kein Beschluss

**3. Direktor MMag. Dr. Meinrad Höfferer
Bericht des Direktors**

kein Beschluss

4. Rechnungsabschluss Wirtschaftskammer Kärnten 2025 (Beilage)

Ausführliche Unterlagen wurden mit der Sitzungseinladung an alle Mitglieder des Wirtschaftsparlaments ausgesandt (Beilage).

Anhand beiliegender Folien erläutert Finanzreferent KommR Mag. Peter Gauper den Rechnungsabschluss 2025.

Folgende Anträge liegen zur Beschlussfassung vor:

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Kärnten wolle:

1. den für das Rechnungsjahr 2025 vorgelegten Rechnungsabschluss der Wirtschaftskammer Kärnten, der einen Abgang von € - 36.546,33 ausweist, beschließen
2. die Kammerdirektion beauftragen, den beschlossenen Rechnungsabschluss der Wirtschaftskammer Kärnten und ihrer Unterorganisationen gemäß § 132 Abs 6 und 7 des Wirtschaftskammergesetzes der Wirtschaftskammer Österreich mit dem Ersuchen zu übermitteln, ihn dem Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus zur Kenntnis zu bringen.

Beschluss

Das Wirtschaftsparlament beschließt einstimmig die genannten Anträge.

5. Wahl der fachkundigen Laienrichter nach dem Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz, Funktionsperiode 1.1.2027 - 31.12.2031 (Beilage)

Beschluss

Das Wirtschaftsparlament beschließt einstimmig, dass die im ausgesandten Wahlvorschlag genannten 198 Bewerber zu fachkundigen Laienrichtern beim Landesgericht Klagenfurt für die Funktionsperiode 1.1.2027 bis 31.12.2031 gewählt und allfällige Ergänzungen des Wahlvorschlages an das Präsidium der Wirtschaftskammer Kärnten delegiert werden.

6. Anträge gemäß § 26 (3) Geschäftsordnung (Beilage)

Dringlichkeitsantrag D1 „Rahmenbedingungen der betrieblichen PKW-Nutzung praxistauglich gestalten - Planungssicherheit gewährleisten und Entbürokratisierung vorantreiben“

Dem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag von KommR DI Martin Zandonella, KommR Alfred Trey und KommR Günter Burger wird einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt.

„Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Kärnten möge beschließen:

Die Wirtschaftskammer Kärnten wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung, dem Parlament und den relevanten Institutionen mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Rahmenbedingungen für die betriebliche PKW-Nutzung praxistauglich und wirtschaftsfreundlich gestaltet werden, insbesondere durch:

1. Die Beibehaltung der Planungssicherheit bei E-Firmenflotten - jedenfalls eine bleibende Sachbezugsbefreiung für den Altbestand, sowie die generelle steuerliche Begünstigung von „Heimfahrten“,
2. Die längst überfällige Valorisierung auf zumindest 65.000 Euro und Dynamisierung der PKW-Angemessenheitsgrenze (Luxustangente),
3. Die rechtliche Anpassung der PKW-Angemessenheitsverordnung, sodass bei Gebrauchtfahrzeugen unabhängig von der 5-Jahres-Grenze stets die tatsächlichen Anschaffungskosten als Bemessungsgrundlage gelten.“

wird mehrheitlich angenommen.

Dringlichkeitsantrag D2 „Sofortige Rücknahme der pauschalen Kautions- / Bankgarantie „für die Nutzung öffentlichen Gutes zu verkehrsfremden Zwecken“ der Landeshauptstadt Klagenfurt“ wird zurückgezogen.

Antrag 1 „Neueinstufung des Wörthersees als erheblich veränderter Wasserkörper (Heavily Modified Water Body - HMWB) im Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan - Initiative der Wirtschaftskammer Kärnten gegenüber dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, Herrn DI Norbert Totschnig“

Der Beschlussantrag, eingebracht von FGO Stefan Sternad

„Die Wirtschaftskammer Kärnten wird beauftragt, mit Nachdruck an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft,

Herrn DI Norbert Totschnig, heranzutreten, um im Zuge der aktuellen Erstellung des Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplans gemäß S 55c Abs 5 iVm S 55h Abs 2 lit a) WRG 1959 eine Berichtigung bzw. Aktualisierung der Einstufung des Wörthersees zu erwirken.

Der Wörthersee ist - entsprechend den tatsächlichen, seit über einem Jahrhundert bestehenden anthropogenen Veränderungen - vom bisherigen Status eines natürlichen Wasserkörpers (Natural Water Body - NWB) auf die unionsrechtlich vorgesehene Kategorie eines erheblich veränderten Wasserkörpers (Heavily Modified Water Body - HMWB) im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie (RL 2000/60/EG) umzustufen.“

wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 2 „Lehre stärken - Fachkräfte sichern, Ausbildung modernisieren“

Der Abänderungsantrag, eingebracht von SO Peter Storfer, WP-Del. KommR Alfred Trey und WP-Del. KommR Günter Burger

„Die Wirtschaftskammer Kärnten wird aufgefordert, Initiativen zur Stärkung der Lehre zu setzen und sich gegenüber Bundesregierung, Parlament und relevanten Institutionen für eine umfassende Stärkung und Modernisierung der Lehrausbildung einzusetzen, insbesondere für:

- die Sicherung und den Ausbau der Lehrstellenförderung sowie die Prüfung von Lohnnebenkostenentlastungen für Lehrbetriebe
- die gesetzliche Ermöglichung einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung für Lehrlinge, insbesondere die Einführung einer 4-Tage-Lehre bei gleichbleibender Wochenarbeitszeit
- sowie weitere Maßnahmen zur Attraktivierung der Lehre und zur nachhaltigen Sicherung des Fachkräftebedarfs in Österreich.“

wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 3 „Einführung eines steuerlich begünstigten Gewerbediesels für Unternehmen“

Der Abänderungsantrag, eingebracht von SO KommR Ing. Mag. Elisabeth Rothmüller-Jannach, WP-Del. KommR Alfred Trey und WP-Del. KommR Günter Burger

„Die Wirtschaftskammer Kärnten wird aufgefordert, sich auf Landes- und Bundesebene nachdrücklich dafür einzusetzen,

- dass ein steuerlich begünstigter Gewerbediesel für betrieblich genutzte Fahrzeuge und Maschinen eingeführt wird,
- alternativ bzw. ergänzend eine gezielte Rückvergütung von Mineralölsteuer und CO₂-Kosten für Unternehmen ermöglicht wird,
- und dass Entlastungsmaßnahmen im Bereich der Treibstoffkosten ausschließlich über steuerliche Instrumente und nicht über Preiseingriffe oder Margenbeschränkungen erfolgen“

wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 4 „Einführung des Gebäudetyps E in Österreich - Normenvereinfachung und Kostenreduktion im Bauwesen“

Der Abänderungsantrag, eingebracht von SO Peter Storfer, WP-Del. KommR Alfred Trey, WP-Del. KommR Günter Burger und WP-Del. Melanie Kraschitzer

„Die Wirtschaftskammer Kärnten wird aufgefordert, die Bundespolitik sowie die Kärntner Landespolitik aufzufordern:

1. Den Gebäudotyp E in Österreich auf Bundes- und Landesebene analog zum deutschen Modell aktiv zu unterstützen und politisch voranzutreiben
2. Pilotprojekte zum Gebäudotyp E in Kärnten zu initiieren und zu fördern.
3. Die Ergebnisse des ZAB-Forschungsprojekts „Bauen außerhalb der Norm“ in die Novellierung der Kärntner Bauvorschriften einfließen zu lassen.
4. Auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass ein „Gebäudotyp E-Vertrag“ im österreichischen Zivilrecht (ABGB) verankert wird damit die indirekte Normenbindung nicht automatisch zu überhöhten Standards führt“

wird einstimmig angenommen.

Antrag 5 „Park- & Ride- und Anschlussinfrastruktur entlang der Koralmbahn (Sicherstellung der ersten und letzten Meile für Pendlerinnen und Pendler, Betriebe und Regionen)“

Der Abänderungsantrag, eingebracht von SO Franz Ahm, WP-Del. KommR Alfred Trey, WP-Del. KommR Günter Burger und WP-Del. Melanie Kraschitzer

„Die Wirtschaftskammer Kärnten wird aufgefordert, sich im Wege der Wirtschaftskammer Österreich sowie unmittelbar gegenüber dem Land Kärnten, den betroffenen Gemeinden, der ÖBB-Infrastruktur AG, dem Verkehrsverbund Kärnten und weiteren zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass entlang der Koralmbahn und an den regionalen Zulaufpunkten rasch ein verbindliches Ausbau- und Umsetzungskonzept für Park- & Ride- sowie Anschlussinfrastruktur erstellt wird.“

wird einstimmig angenommen.

Antrag 6 „Stärkung regionaler Wirtschaft durch nachhaltige Vergabepraxis“

Der Abänderungsantrag, eingebracht von SO Peter Storfer, WP-Del. KommR Alfred Trey, WP-Del. KommR Günter Burger und WP-Del. Melanie Kraschitzer

„Das Wirtschaftsparlament wolle daher zur Stärkung regionaler Wirtschaft durch nachhaltige Vergabepraxis beschließen:

1. Die Landesregierung möge eingeladen werden, mit Unterstützung der Expert:innen der Wirtschaftskammer Kärnten, einen praxistauglichen Vergabeleitfaden für Kommunen, die Landesverwaltung und rechnungshofpflichtige Unternehmen zur Wahrnehmung der bereits vorhandenen (wenn auch beschränkten) Regionalisierungsmöglichkeiten heraus-zugeben und zur Umsetzung nachdrücklich aufzufordern, allenfalls auch im Sinne eines Zuschlagskriteriums bei Landeszuschüssen.
2. Die Verwaltungsakademie des Landes Kärnten möge, mit Unterstützung der Expert:innen der Wirtschaftskammer Kärnten, eingeladen werden, niederschwellige und praxis-

orientierte Schulungsangebote für Kommunen, die Landesverwaltung und rechnungshöflichtige Unternehmen zur inhaltlich und organisatorisch aufwändigen nachhaltigen Vergabepraxis einzurichten.

3. Der Landeshauptmann möge ersucht werden, sich im und mit dem Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) für mittelfristige Verfahrensvereinfachungen zur Anwendung der UN-Nachhaltigkeitsziele im Vergaberecht einzusetzen.
4. Die Fachgruppe UBIT möge eingeladen werden, Verbesserungs- und Unterstützungsmöglichkeiten in den Informations- und Beratungsansätzen zur Förderung der Angebotsmotivation und -kompetenz von KMU im Rahmen des BVergG zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten sowie allfällige Vorschläge vorzulegen.“

wird einstimmig angenommen.

Antrag 7 „Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der steigenden Insolvenzen und zur Entlastung der Betriebe“

Der Beschlussantrag, eingebracht von WP-Del. KommR Günter Burger und WP-Del. KommR Friedrich Reinbold

„Die Wirtschaftskammer Kärnten wird aufgefordert, sich für die Umsetzung folgender Maßnahmen einzusetzen:

1. Sofortige Entlastung bei Energiekosten für Betriebe durch gezielte Fördermaßnahmen und Abgabenreduktionen.
2. Evaluierung und Aussetzung belastender CO₂-Abgaben, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen.
3. Konsequenter Bürokratieabbau, insbesondere durch Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und Reduktion von Berichtspflichten.
4. Einführung eines Entlastungspakets für Betriebe, um Liquidität zu sichern und Insolvenzen vorzubeugen.
5. Stärkung des Wirtschaftsstandorts Kärnten durch nachhaltige und unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen.“

wird mehrheitlich abgelehnt.

Antrag 8 „Maßnahmen zur nachhaltigen Senkung der Treibstoffpreise und Entlastung der Kärntner Wirtschaft“ wurde zurückgezogen.

Antrag 9 „Dauerhafte Senkung der Strompreise in Kärnten und Anpassung der KELAG-Satzungen im Interesse der Wirtschaft“ wurde zurückgezogen.

Antrag 10 „Sonderkampagne zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Kärnten in Krisenzeiten“ wurde zurückgezogen.

Antrag 11 „Verbesserung der Infrastruktur und Besucheranbindung rund um den Bahnhof Klagenfurt im Zuge der Koralmbahn“ wurde zurückgezogen.

**Antrag 12 „EINSETZUNG EINES AUSSCHUSSES „ENERGIE KÄRNTEN““
Der Beschlussantrag, eingebracht von WP-Del. Melanie Kraschitzer**

„Die Wirtschaftskammer Kärnten richtet einen Ausschuss „Energie Kärnten“ ein, mit dem Auftrag, eine gemeinsame Sichtweise der Wirtschaftskammer Kärnten zur Transformation der Energieversorgung Kärntens zu erarbeiten.

Die Ausarbeitung erfolgt auf Basis der vom Land Kärnten in Auftrag gegebenen Studien, insbesondere der Analyse der Energieagentur zur Winterstromlücke sowie der Studie der Fachhochschule Kärnten zur Entwicklung einer Energiestrategie für Kärnten.

Zusammensetzung und Rahmenbedingungen:

- Jeweils zwei Delegierte der im Wirtschaftsparlament vertretenen Wählergruppen
- Externe, neutrale Moderation
- Beteiligung der wirtschaftspolitischen Abteilung der Wirtschaftskammer Kärnten
- Erarbeitung der Ergebnisse innerhalb von zwei Monaten
- Berücksichtigung der genannten Studien als fachliche Grundlage

Ziel ist eine strukturierte, faktenbasierte und breit abgestimmte Positionierung der Wirtschaftskammer Kärntner zur Energiezukunft des Landes.“

wird mehrheitlich abgelehnt.

7. Allfälliges

kein Beschluss

Beilagen